

# ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



(federführend 2024)



Städtetag Schleswig-Holstein | Reventlouallee 6 | 24105 Kiel

Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags  
Frau Katja Rathje-Hoffmann  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

per E-Mail: [sozialausschuss@landtag-ltsh.de](mailto:sozialausschuss@landtag-ltsh.de)

Telefon: 0431 570050-30  
Telefax: 0431 570050-35  
E-Mail: [info@staedteverband-sh.de](mailto:info@staedteverband-sh.de)

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/3178

Unser Zeichen: 53.70.10 kr-ad  
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 25. April 2024

## **Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
**Drucksache 20/1771**

Sehr geehrter Frau Rathje-Hoffmann,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dem o.g. Bericht abgeben zu können. Folgende Anmerkungen haben wir vorzutragen:

Aus kommunaler Sicht ist darauf hinzuweisen, dass die sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) der Kreise und kreisfreien Städte eine tragende Rolle auch bei der Suizidprävention erfüllen. Sie kümmern sich in ihrer täglichen Arbeit um Menschen in psychischen Notsituationen. Dabei nehmen zum Teil die betroffenen Menschen selbst Kontakt zu den SpDi auf. Oft reagieren die Mitarbeitenden der SpDi aber auch auf Meldungen durch Dritte wie Angehörige, Nachbarn, Lehrkräfte, Polizei und andere. Die Arbeit der SpDi erfolgt in der Regel aufsuchend durch hochqualifizierte Fachkräfte und ist sehr niedrigschwellig.

Leider herrscht seit Jahren ärztlicher und inzwischen auch sozialpädagogischer Fachkräftemangel in den SpDi. Insbesondere der Ärzt\*innenmangel ist u. a. zurückzuführen auf die tariflich schlechtere Bezahlung im Gesundheitsamt in Vergleich zu Krankenhaus oder auch MDK. Der Pakt für den ÖGD schien eine Chance auf Gleichstellung in sich zu bergen. Leider wurde die Chance nicht genutzt, um durch Gehaltsanpassung die Attraktivität der Arbeit im Amt zu steigern.

Mit den vom Bund über den Pakt für den ÖGD bereitgestellten Fördergeldern konnten zwar einige befristete Stellen geschaffen und zum Teil besetzt werden. Da die Förderung aber bis zum 31.12.2026 befristet ist und es noch keine verbindlichen Aussagen zur Verstetigung gibt, steht nach derzeitigem Stand ein Stellenabbau zum 01.01 2027 an.

Auch und gerade für die Suizidprävention in SH ist es enorm wichtig, dass die Förderung über den Pakt für den ÖGD über den 31.12.2026 hinaus verstetigt wird.

Weitere Hinweise und Anmerkungen haben wir derzeit nicht vorzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.  
Peter Krey  
Dezernent